

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Samstag, 10. August 1935

Nr. 185



Dreier-Tagung in Paris

Am 15. August

Paris. Der Beginn der französisch-englisch-italienischen Beratungen über die abessinische Frage ist auf Donnerstag, den 15. August, festgesetzt worden. An den Beratungen, die in Paris stattfinden, wird, wie gemeldet, für England Minister Anthony Eden teilnehmen.

„Land der Wilden...“

Fremdenkolonie in Abessinien gegen Mussolinis Schimpferien

Abdis-Abeda. Kaufleute und andere angesehenen Mitglieder der deutschen, armenischen, griechischen, arabischen, indischen, portugiesischen, russischen, schweizerischen und türkischen Kolonie in Addis-Abeba haben folgenden Protest unterfertigt:

„In einem Interview für ein Pariser Tagblatt hat Herr Mussolini im Hinblick auf Äthiopien folgende Wendung gebraucht: „Wird der Völkerbund das Tribunal sein, vor das die Negler und die rassistischen und wilden Völker der Welt die großen Nationen schleppen werden?“ Und vorher hat Herr Mussolini in einer Rede erklärt, daß Äthiopien „die Völker anderer Rassen durch Ungerechtigkeit und Grausamkeit beherrscht“.

Seine Erzelenz Herr Mussolini hat Äthiopien niemals besucht und war also nicht in der Lage, sich ein persönliches Urteil über Regierung und Volk von Äthiopien zu bilden; wir wollen annehmen, daß er guten Glaubens sei, aber wir müssen feststellen, daß er falsch und unterrichtet ist. Die Unterzeichneten, die seit Jahrzehnten in diesem christlichen und gastfreundlichen Lande in voller Freiheit leben, die wir hier stets das größte Entgegenkommen fanden, ohne jemals in unserer Tätigkeit behindert zu werden, die wir ganz geringfügige Abgaben zu leisten haben und uns immer von den Regierenden und vom Volke geachtet sehen, glauben erklären zu müssen — damit die anderen Völker die Wahrheit erfahren —, daß eine derartige Qualifikation des äthiopischen Volkes keinerlei Begründung und mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat.“

Abessinien will von Japan Waffen

Addis Abeba. (Reuters.) Die abessinische Regierung entfiel den in seinem Lande sehr ansehnlichen Dababertu mit einer Sonderbotschaft nach Japan. Es heißt, Dababertu werde in Japan über den Ankauf einer großen Menge von Gewehren und Munition verhandeln. Außerdem werde er beabsichtigt sein, für mindestens 50 Prozent dieser Bestellungen einen Kredit zu erhalten.

Sie glauben selber an einen Sabotage-Akt?

Der Todesflug des italienischen Ministers

Rom. In den späten Abendstunden des Donnerstag wurde in Rom eine amtliche Mitteilung über das schwere Flugzeugunglück bei Mairo herausgegeben, bei dem bekanntlich der italienische Minister für öffentliche Arbeiten, Rassa, ums Leben kam. Nach dieser Mitteilung stellen sich die Einzelheiten folgendermaßen dar:

An Bord befanden sich außer dem Minister noch dessen Privatsekretär Minacci, ferner der bekannte Politiker Baron Franchetti und vier Mann Besatzung. Es handelt sich um das Wasserflugzeug „Savoia“ 81, das regelmäßig den Flugdienst auf der Linie Rom-Matara versieht. Kurz nachdem das Flugzeug Mittwoch abends Mairo verlassen hatte, sandte der Bordfunkler einen Funkpruch nach Matara, die Maschine sei unter den besten Witterungsverhält-

Lavals blutige Sparpolitik

Die Aufrührwelle in den französischen Häfen

Die blutigen Ereignisse in Brest haben, nachdem dort wieder Ruhe eingetreten war, ein Echo in Toulon gefunden. In dem südfranzösischen Kriegshafen scheinen die Demonstrationen sogar größeren Umfang angenommen zu haben als in dem Hafen am Atlantischen Ozean. Wenn man dem amtlichen Bericht glauben darf, der allerdings die Schuld einseitig auf die Demonstranten abwälzt, so war die Polizei samt der Garde mobile in arger Bedrängnis und erst nach Einsatz größerer bewaffneter Aufgebote konnten die Demonstranten umzingelt und entwaffnet werden.

In Cherbourg und Lorient kam es zu Manifestationen, die jedoch unblutig verliefen. Es scheint also doch die ungeschickte und vielfach provozierende Haltung der militärischen Kommandanten und der Polizei die Hauptschuld an dem traurigen Verlauf der Manifestationen in Brest und Toulon zu tragen. Es ist ja auch auffällig, daß gerade in den Kriegshäfen und Festungen die Empörung über die Maßnahmen der Regierung Laval zu blutigen Zusammenstößen führte. Es ist nicht anzunehmen, daß die Arbeiter Schuld daran tragen. Gerade die Kommunisten würden sich heute hüten, aus einem doktrinären Antimilitarismus heraus Frankreichs Landesverteidigung zu schädigen und dem Faschismus in die Hände zu arbeiten. Die Schuld liegt vielmehr offensichtlich bei den militäri-

sehen Faktoren, die der Arbeiterschaft mit Gewalt begegneten und dann allerdings einsehen mußten, daß die französischen Arbeiter sich von einem Hafenkommandanten nicht das Recht auf die Straße rauben lassen.

Während in Brest und Toulon nunmehr Ruhe herrschen soll und die meisten Streiks beigelegt scheinen, wird aus Oran in Alger ein neuer Zusammenstoß gemeldet, bei dem angeblich nur Polizisten, aber keine Demonstranten verwundet wurden.

Freitag nachmittags fand in Paris eine Besprechung der Regierung mit allen 90 Präfekten der französischen Departements statt. Ueber das Ergebnis ist nichts bekannt.

Laval bemüht die Uneinigkeit der Kammer, die sich aus den Kämpfen ergibt, um von seinen Ermächtigungen einen gefährlich weitgehenden Gebrauch zu machen. Er hat Freitag 83 neue Dekrete herausgegeben und zum Teil seit langem in den Kammern liegende Gesetzesanträge nun durch Dekret oktroyiert. Zugewandt hat er bereits über 100 seiner Notverordnungen erlassen. Diese Politik muß die wirtschaftlichen und politischen Spannungen in gefährlicher Weise verstärken.

Schwere Kämpfe in Toulon

Drei Tote und 50 Verletzte

Paris. Während in Brest Donnerstag abend Ruhe herrschte, werden aus Toulon neue Unruhen und blutige Zusammenstöße gemeldet, wo die Straßenschlachten von 16 bis 2 Uhr nachts dauerten. Drei Personen wurden getötet und über 50 verletzt, davon zahlreiche Personen schwer. Unter den Schwerverletzten befindet sich ein Polizeioffizier, der einen Bauchschuß erhielt.

Wie bereits gemeldet wurde, legten die Arbeiter des Marinecorfens am Nachmittag als Trauerkundgebung für ihren in Brest getöteten Kameraden eine Viertelstunde die Arbeit nieder. Nach dem Verlassen des Arsenal sammelten sich die Arbeiter und wollten geschlossen in die Stadt ziehen. Die Polizei wollte sie zerstreuen, die Arbeiter leisteten jedoch Widerstand und griffen die Polizei an. Wegen Abend rotteten sich Fabrikarbeiter zusammen und zogen in die Stadt. Sie stießen auf eine Abteilung berittener Gendarmen und Garbisten. Die Manifestanten begannen angeblich die Polizei mit Steinen zu bewerfen und aus Revolvern zu beschießen. Die Gendarmen antwortete mit Schreckschüssen. Während der Verfolgung zertrümmerten die Demonstranten die Auslassungsfenster der Geschäfte sowie die elektrischen und die Gasleitungen, so daß zahlreiche Straßen vollkommen ohne Licht waren. Die Manifestanten verbarrikadierten sich und schossen auf die Polizei und das aufgebotene Militär. Aus zahlreichen Häusern bewarfen sie die Polizei mit verschiedenen Gegenständen und schossen auf sie. Ein Teil der Manifestanten ver-

suchte, in den Bahnhof einzudringen, um die Abfahrt der Züge nach Paris zu verhindern, wurde aber auseinandergepresst. Die Straßenkämpfe dauerten bis zwei Uhr früh. Ein Teil der Manifestanten ist im unteren Viertel der Stadt umzingelt. Die Stadt wird von Kolonialtruppen bewacht. Im ganzen wurden etwa 50 Personen verhaftet, darunter ein kommunistischer Stadtrat und ein Italiener, welcher mit einem Revolver in der Hand ergriffen wurde sowie einige Algerier.

Jouhaux bei Laval

Mäßigendes Eingreifen der Gewerkschaften

Paris. Ministerpräsident Laval empfing Freitag gegen Abend den Generalsekretär des Allgewerkschaftlichen Arbeitsverbandes Jouhaux und die Vorstandsmitglieder dieser Organisation und verhandelte mit ihnen über die blutigen Ereignisse in Brest und Toulon. Der Allgewerkschaftliche Arbeitsverband, der bereits Donnerstag Anweisungen zur Einstellung der Agitation gab, erließ Freitag neue Erklärungen in diesem Sinne.

Sowohl in Brest als auch in Toulon herrschte bis in die Abendstunden Ruhe. In den beiden Städten bewachen Kolonialtruppen mit Gendarmen die wichtigsten Staatsgebäude, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, die Bahnhöfe usw. Eine Deputation des Arbeiterverbandes des Toulonner Arsenal wurde von dem Marinepräfelden, Vizeadmiral Berthelot, empfangen, dem sie versicherte, daß der Verband mit den Elementen, die in der gestrigen Nacht die Stadt verlästerten, nichts zu tun hatte.

Sozialistisch-kommunistische Beratung

entsendet Delegationen in die Hafenstädte

Paris. An der für Freitag nachmittags einberufenen Beratung der Deputierten der Linksklubs nahmen etwa 10 Deputierte, fast durchwegs Sozialisten und Kommunisten, teil. Von den Radikalen war niemand zugegen. Die Versammlung, die unter dem Vorsitze des Deputierten Leon Blum stattfand, befahte sich namentlich mit den letzten Ereignissen in Brest und Toulon und beschloß, in die beiden Städte viergliedrige Delegationen der Abgeordneten der Linken zu entsenden, die dann in der nächsten für Dienstag nachmittags einberufenen Sitzung der Linksklubs Bericht erstatten sollen.

25 Millionen warten auf Arbeit

Zu Frühjahr dieses Jahres hatte man aus den statistischen Büchern Berechtigung, an eine weitere Entspannung der Weltwirtschaftskrise glauben zu können. Eine Reihe der wichtigsten Industrieländer ließ mit der saisonmäßigen Frühjahrsbelebung Merkmale echter Konjunkturbesserung erkennen, die sich in steigenden Produktionsziffern und konjunktureller Besserung der Arbeitsmarktlage ausdrückten. Insbesondere schien es den Anschein zu haben, als ob die bis dahin vorwiegend auf nationale Gebiete beschränkte Besserung der Wirtschaftsverhältnisse auch international im gesamten Weltraum günstige Folgen haben würde. Diese Hoffnungen müssen jetzt zu Beginn des Herbstes wieder begraben werden. Die Hauptursachen für den offensichtlichen Stillstand in der Aufwärtsbewegung der Weltkonjunktur, die möglicherweise in den nächsten Monaten bereits wieder von einem krisenverschärfenden Rückschlag abgelöst werden wird, liegen auf drei Gebieten: dem Währungsgebiet, dem Gebiet der Handelspolitik und schließlich in der von Anfang an problematischen Natur der sogenannten Binnenkonjunktur, die für die meisten Länder typisch war.

Von der Währungsseite her hat die Weltwirtschaft eine Reihe empfindlicher Schläge und Verunsicherungen erfahren. Der Schwäche des englischen Pfundes bis zum März folgte Ende März die Abwertung des belgischen Franken mit dem Chaos der luxemburgischen Währung im Gefolge. Der Goldblock erhielt einen schweren Stoß, die Unsicherheit über das Schicksal der noch verbleibenden echten Goldwährungen lähmte die Anlage im erhofften Gesundungsprozess der Weltwirtschaft empfindlich. Die Krise des französischen Franken folgte kurz darauf und gab wiederum den Anlaß zu der verschärften Deflationspolitik, die durch die Notverordnungen des Kabinetts Laval eingeleitet worden ist und kaum Hoffnungen gibt, daß die französische Wirtschaft in geänderte Verhältnisse kommen wird. Hiermit gleichzeitig setzte dann mit der Kabinettskrise in Holland eine, wenn auch zunächst nicht weiter folgenschwere, Krise des holländischen Gulden ein, die mit der Schwäche des italienischen Lire parallel lief, die zur Aufhebung der Goldbedeckungsvorschriften in Italien führte. Frühjahr und Sommer 1935 waren also gekennzeichnet durch eine neue Wellenationaler Währungskrisen, deren Auswirkungen und Lösungsercheinungen im internationalen Raum unausbleiblich waren.

Kaum günstiger gestaltet sich die Verhältnisse auf dem Gebiet der Handelspolitik, die an erster Stelle von Währungsstörungen in Mitleidenschaft gezogen wird. Verschärft wurden die Störungen von der Währungsseite her durch neuerliche Restriktionen in Maßnahmen und das weitere Umsichgreifen der Montanagenierungspolitik verschiedener Länder. Neben Deutschland, das seine Autarkiepolitik noch verschärfte, haben die handelspolitischen Maßnahmen Italiens und Rumaniens neue Hemmnisse im internationalen Warenverkehr geschaffen. Die Außenhandelspolitik aller dieser eben genannten Staaten, geigte zudem mehr oder minder offen eine unerkennbare Tendenz zur Dumpingpolitik, die bestenfalls wiederum neue Störungen und Rückschläge zur Folge haben muß. Es ist also nicht verwunderlich, daß der Weltmarkt quantitativ nicht höher liegt als im Jahresdurchschnitt 1934. Berücksichtigt man zudem die Sonderkonjunktur der Rüstungsindustrie, die ihrer Natur nach immer ein internationales Handelsgeschäft gewesen ist, so wird man feststellen müssen, daß von einer echten Besserung im Welthandelsraum die Rede sein kann.

Entscheidend ist jedoch die veränderte binnenkonjunkturelle Situation in den einzelnen Ländern. Großbritannien und Schweden scheinen die einzigen Länder zu sein, die ihren ersten konjunkturellen Hochstand erhalten haben oder sogar noch etwas verbessern konnten. Besonders beachtlich ist

dabei insbesondere die Tatsache, daß in England zum ersten Male seit fünf Jahren wieder die Dreimillionen-Grenze der Arbeitslosigkeit erreicht wurde. Englands industrieller Beschäftigungsgrad lag im ersten Quartal 1935 in der Höhe auf 111,1 gegenüber 104,8 im Vorjahre und 104,7 im Jahresdurchschnitt 1934. Für Schweden zeigte der Index im Mai 115,4 gegenüber 106,7 im Vorjahre. Wesentlich anders sind die faschistischen Länder zu beurteilen, die eine auf kreditinflationistische Maßnahmen aufgebaute künstliche Konjunktur geschaffen hatten, deren Bestand und Dauer immer problematischer wird. Sowohl in Deutschland als besonders in letzter Zeit in Italien, das die zusätzlichen Kosten eines vorbereiteten Kolonialkrieges zu tragen hat, machen sich Anzeichen geltend, daß die Kreditmittel trotz aller rigorosen Maßnahmen erschöpft sind und die Verzerrung der Staatsfinanzen der limitierten Scheinkonjunktur zwangsläufig das Lebenslicht ausbläst. Beide Länder sind gekennzeichnet durch einen katastrophalen Rückgang der Kaufkraft, ohne die keine echte Konjunktur einsetzen kann — beide Länder sind in ihrer wirtschaftlichen und produktionsmäßigen Struktur charakterisiert durch die Tatsache, daß der Staat als Auftraggeber die fehlende private Initiative ersetzt hat, ohne echte Initiative zur Entfaltung zu bringen. Im Augenblick, wo die finanzielle Schwäche oder gar der Zusammenbruch der Staatsfinanzen offenbar wird, muß in beiden Ländern ein Rückschlag einsetzen, der auf dem gewaltig gesenkten Lebensniveau doppelt katastrophale Wirkungen zur Folge haben muß. Frankreichs Ausblick, aus der Krise herauszukommen, von der es erst eigentlich in der ganzen Schwere erfaßt wurde, als die meisten anderen Länder ihren Tiefstand bereits überwunden hatten, sind durch die notverordnete Deflationpolitik nicht besser geworden. Die Ausbalanzierung der Staatsfinanzen, die man mit Gehalts- und Ausgabenreduktionen in Milliardenumfang zu erzielen hofft, vernichtet weit mehr Kaufkraft, als die gleichzeitig dekretierten Preisfestsetzungen ausgleichen vermögen. In Belgien hat die Frankendeckelung ebenfalls nicht den erhofften Erwartungen entsprochen, wenn auch die Wirtschaftslage sich leicht gebessert hat. Besonders fragwürdig ist aber nach den gegen Roosevelt's New Deal ergangenen Gerichtsentscheidungen die weitere Entwicklung in Amerika geworden. Zur Jahresmitte war der allgemeine industrielle Produktionsstand des Vorjahres bereits unterschritten, im Mai stand der Index auf 76,6 gegenüber 77,5 im Vorjahre. Wenn man nicht außer Acht läßt, daß in Amerika — ähnlich wie in Deutschland — viel „Staatskonjunktur“ geschaffen worden ist, so muß man auch bezüglich Amerika zu dem Ergebnis kommen, daß die weitere Entwicklung der Wirtschaftslage entscheidend von der Lage der Staatsfinanzen abhängt und zweifellos einen empfindlichen Stoß bekommen wird, wenn die Staatsausgaben im Umfange vieler Dollar-Millionen aufhören oder eingeschränkt werden müssen. Die Lage der Staatsfinanzen ist aber keineswegs erfreulich: das Defizit betrug im abgelaufenen Etatjahr 3,5 Milliarden Dollar und die Staatsschuld war auf fast 20 Milliarden Dollar weiter angewachsen!

Das Gesamtbild ist also alles andere als besonders hoffnungsvoll, zumal nicht vergessen werden darf, daß sich die meisten ausgesprochenen Agrarländer noch immer in der Depression befinden und nur geringfügige Verbesserungserscheinungen gegenüber dem Krisentief aufweisen, andererseits in vielen Industriestaaten die nicht ewig währende Konjunktur-Sonderkonjunktur eine nicht unwesentliche Rolle spielt! **R o s i m e r w a r t e n 22 bis 25 Millionen Arbeitslose auf Arbeit!**

Roman von Emil Vachek

Die Hühnersteige

Deutsch von Anna Aurednik

„Abgearbeitet?“ flüsterte Weinsteller. „Haben Sie nicht, daß ich lange Finger habe? Schauen Sie sie nur an; das ist doch keine Männerhand. Das ist ein Händchen für eine Dehnbamme — das kommt von der früheren Beschäftigung, Herr Malina!“

„Führen Sie vor mir keine solchen Reden, Herr Weinsteller“, sagte Malina sehr mit Nachdruck. „Ich bürge für Sie mit allem, was mir gehört. Sie sind der anständigste Mensch hier am Poké, Herr Weinsteller, und wenn Ihr Sohn diese Eigenschaft nach Ihnen erbt, kann er sich nur gratulieren.“

Weinsteller schwächte in höchster Seligkeit. Gleich darauf aber wurde er wieder traurig: „Wir reden hier, wie mein Sohn sein wird, und die Frau ringt vielleicht mit dem Tod. Ich halt's nicht mehr aus, Herr Malina, ich sperr das Geschäft und lauf' nach Hause.“

In demselben Augenblick klappte der Lehrstuh vom Nachbarn, dem Elektrotechniker, herein und schrie: „Herr Weinsteller, Herr Weinsteller, man hat soeben telephoniert, daß es schon da ist!“

„Du, mein Heiland!“ flüsterte Weinsteller. „Ich bin vor Freude so erschrocken, daß ich sterbe. Jetzt sag noch, Junge, daß es ein Bub ist.“

„Ich muß es sagen, weil man's telephoniert hat.“

Die strategisch geographische Lage Abessinien



Abessinien, das mit einem Flächeninhalt von 1.120.000 Quadratkilometer mehr als dreieinhalbmal so groß ist wie Italien, liegt in der Mitte Ostafrikas. Als letztes selbständiges Reich ist es umschlossen von Kolonien europäischer Staaten. Von diesen sind Italienisch Eritrea im Norden des Landes und Italienisch-Somaliland im Südosten. Diese beiden Kolonien sind die Aufmarschgebiete Italiens gegen Abessinien.

Nach der bisherigen Kräfteverteilung zu schließen, scheint Italien den Hauptstoß von Norden her führen zu wollen. Denn die überlegene Mehrheit seiner Truppen- und Materialtransporte wird in Assa u. a. dem Haupthafen von Eritrea, ausgeladen. (Dies erklärt sich aus der Weigerung des 2.800 Kilometer, um die die Strecke nach dem wichtigsten Hafen von Italienisch-Somaliland, Mogadisch, länger ist.) Von Massaua aus werden die meisten Truppen mit der einzigen Eisenbahn, über die Eritrea verfügt, ins Innere nach Asmara gebracht, dessen Hochlandklima für Europäer weniger bedauerlich ist als das Küstnklima am Roten Meer. Wenn die Italiener von Eritrea aus in Abessinien einmarschieren, so kommen sie bald auf das Schlachtfeld von Adua, wo ihre Väter im Jahre 1896 eine vernichtende Niederlage von den Truppen des Kaisers Menelik erlitten. Das weitere Ziel eines italienischen Vormarsches wäre der Tana-See, der als Quellgebiet des Blauen Nils von allergrößter Bedeutung für die Bewässerung des englischen Sudans und Ägyptens ist. Dies ist einer der Gründe, aus denen England wie Ägypten das Vorhaben Italiens mit höchstem Mißbehagen betrachtet.

Neben dem von Norden zu erwartenden Hauptstoß wird gleichzeitig auch Abessinien's Südgrenze angegriffen werden — weniger aus strategischen Beweggründen als vielmehr aus dem Bestreben, gegnerische Kräfte zu binden. Demgegenüber sollen die Abessinier die Absicht haben, die Flüsse Sobel und Web auszustauen und in die Wüste zu leiten, um den italienischen Truppen die Möglichkeit zu nehmen, die Ufer dieser Flüsse als Vormarschstrassen ins Innere des Landes zu benutzen. Dieser Plan soll den Abessinieren von ihren belagerten Instruktionsoffizieren nahegelegt worden sein, die aus dem Weltkriege — von den Kämpfen in Flandern — praktische Erfahrung im Aufstauen von Flüssen und im Ueberfluten von Land besitzen sollen. Jedoch werden sich derartige Pläne wohl kaum durchführen lassen, da es auf der Hand liegt, daß die im engen Raume Flanderns gegebenen Verhältnisse sich nicht ohne weiteres auf die riesigen Weiten Afrikas übertragen lassen. In dieser Weise der afrikanischen Landschaft, die Zentren irgendwelcher Art kaum kennt, bietet sich der italienischen Fliegertruppe, abgesehen von der abessinischen Hauptstadt Addis Abeba nur ein Ziel: Die einzige Eisenbahn des Landes, die die Hauptstadt mit dem Hafen Djibuti in Französisch-Somaliland am Golf von Aden verbindet.

Nach französischen Blättermeldungen soll die erste italienische Armee, aus fünf Marschkolonnen (Divisionen) bestehend, vom Somaliland aus vorbrechen. Der natürliche Weg, den sie nehmen hätte, wäre der Marsch von Mogadisch entlang der Flüsse auf die Bahn Addis Abeba — Direddawa. Der Marsch durch Ogaden ist ein Unweg und durch Wasserarmut der Provinz weit beschwerlicher. Doch ist es möglich, daß die Italiener über Ogaden vorgehen, aus Angst, sonst umzingelt zu werden. Zwei Kolonnen sollen von Norden, drei von Osten aus Eritrea vorstoßen. Die ersten Kämpfe würden vermutlich wieder in der Nähe von Adua stattfinden, wo die Italiener sich bereits im Hochland befinden, weshalb die Abessinier sehr daran interessiert wären, gerade diesen Weg zu sperren. Strategisch haben die Abessinier den Vorteil der „inneren Linie“. Das heißt, sie können bei entsprechender Kühnheit der Führung und Beweglichkeit ihrer Armeen die auf der „äußeren Linie“ operierenden und in diesem Falle 1000 bis 1700 Kilometer voneinander entfernten Italiener einzeln angreifen und mit versammelter Macht zu schlagen versuchen. Da die Italiener zu dem Marsch von Südosten sehr lange brauchen werden, würde sich für Abessinien, selbst wenn die Italiener in Eritrea mit dem Angriff warten, bis ihre Südarmeen weiter vorgebrungen ist, der Angriff auf die nördlichen Korps der Italiener empfehlen. Für Abessinien hängt viel davon ab, ob man in dem primitiven und an Vorkriegszeiten armen Land einen brauchbaren beweglichen Train aufstellen und überhaupt Armeen von 100.000 Mann und mehr in raschen Marschen bewegen und gesammelt einsetzen kann.

Der Aufstakt der für unvermeidlich gehaltenen militärischen Operationen in Ostafrika soll in den Herbst fallen. Es liegt geradezu im Interesse Italiens, die Zwischenzeit durch ein leerlaufendes diplomatisches Hinundheraus auszufüllen. Daß Italien auch nach Genf, trotz dem Versuch Englands, für die Dauer des noch laufenden Schlichtungsverfahrens von Italien die Sistierung weiterer Verstärkungen seiner Streitkräfte in Ostafrika zu erzwingen, seinen Aktionsplan in Ostafrika Etappe für Etappe unbeirrbar weiterverfolgt, beweist die neue Mobilisierungsbefehle für drei Divisionen und die Auffstellung der Ersatzdivisionen in der Heimat. Es ist die Antwort auf Edens Radiorede in Genf.

Diese Meinung haben wir und alle nächsten denkenden und die Wahrheit nicht scheuenden Blätter vom ersten Augenblick an vertreten. Es ist interessant, daß sie in einem Mussolini nahestehenden Blatt von einem seiner Gefolgsleute veröffentlicht wird.

Genfer Lösung — ein Liebesdienst für Mussolini!

Im Leitartikel des „Neuen Wiener Tagblatt“ vom 9. ds. schreibt der römische Korrespondent des Blattes E. S. M. — übrigens ein Italiener und selbstverständlich das Sprachrohr Mussolinis — unter dem Titel „Italiens Aktionsplan unveränderbar“ u. a. folgendes über die Genfer Beschlüsse:

Die Genfer Tagung hat nur eine Notlösung gezeitigt. Am nicht die Ohnmacht des Völkerbundes offen eingestehen und Europa wenigstens noch durch vier Wochen die Illusion zu lassen, daß Genf der Friedenshort sei und bleibe. Diese vier Wochen passen ganz in das Konzept Mussolinis. Die Wiederaufnahme der Arbeiten durch die Schlichtungskommission, deren Kompetenz genau nach den Wünschen Mussolinis vom 28. Juli abgesteckt ist, und die in Genf begonnene Fortsetzung der Aussprache zu driff, nun auf Grund des Vertrages vom Jahre 1906, fördern den von Mussolini festgelegten Aktionsplan im italienisch-abessinischen Konflikt in keiner Weise. Mussolini war nichts daran gelegen, den Ablauf der Geschehnisse zu überführen.

Der Aufstakt der für unvermeidlich gehaltenen militärischen Operationen in Ostafrika soll in den Herbst fallen. Es liegt geradezu im Interesse Italiens, die Zwischenzeit durch ein leerlaufendes diplomatisches Hinundheraus auszufüllen. Daß Italien auch nach Genf, trotz dem Versuch Englands, für die Dauer des noch laufenden Schlichtungsverfahrens von Italien die Sistierung weiterer Verstärkungen seiner Streitkräfte in Ostafrika zu erzwingen, seinen Aktionsplan in Ostafrika Etappe für Etappe unbeirrbar weiterverfolgt, beweist die neue Mobilisierungsbefehle für drei Divisionen und die Auffstellung der Ersatzdivisionen in der Heimat. Es ist die Antwort auf Edens Radiorede in Genf.

Diese Meinung haben wir und alle nächsten denkenden und die Wahrheit nicht scheuenden Blätter vom ersten Augenblick an vertreten. Es ist interessant, daß sie in einem Mussolini nahestehenden Blatt von einem seiner Gefolgsleute veröffentlicht wird.

Folgen des Musikfest-Skandals

Eine Reihe tschechischer Blätter halten dem jugoslawen im Mutterland erzwungenen Musikfest begreiflicherweise nicht sehr freundliche, aber den Fall weit überschneidende Retrospektive mit übertriebenen und fehlerhaften Schlussfolgerungen. Wir würden aber trotzdem in die Debatte nicht neuerlich eingreifen — da Gegenstand und Diskussion doch fernab von den wirklichen Interessen der arbeitenden Menschen liegen — wenn der Fall nicht Gefahr ließe, ein Volksstück zu werden und wenn nicht auch unser Bruderblatt „Redvo Lidu“ uns in einigen Punkten zu irren schiene.

Vor allem wird völlig übersehen, daß die Karlsbader Stadververtretung, deren Verhalten in dieser Angelegenheit man auf historisch-henleinistische Motive zurückführt, doch durchaus nicht nur aus SDP-Vertretern besteht und daß vielmehr auch etliche deutsche Sozialdemokraten diese Gemeinde mitverwalten, dort unter anderem auch einen Vizebürgermeister stellen. Wenn die tschechische Presse sich dieser Tatsache erinnert und wenn sie sich weiter darüber informiert hätte, daß unsere Karlsbader Genossen die Karlsbader Beschlüsse mitverantworten, dann wären die Journalisten, die sich jetzt von dem Berger über das Scheitern des Musikfestes erst in Karlsbad und jetzt in Prag zu weit gegen die deutsche Stadt hinrichten lassen, von selbst darauf gekommen, daß die Karlsbader aus sachlichen Gründen das Musikfest abfragten, wenn auch — was wir immer wieder betonen — nicht sehr geschickt, nicht mit aller nötigen taktischen Voraussicht. Aber gerade in diesem Punkte, in dem man Vorwürfe verhänglich finden kann, müssen sich die Karlsbader „post festum“ einigermassen einlullen, da ja die Veranstaltung nun in Prag auch nicht zustande gekommen ist.

Wie stellen nochmals fest, daß der Programm-Plan für das Karlsbader Musikfest sich zuletzt so sehr verkleinert (und damit verschlechtert) hatte, daß nicht mehr viel Aufhebungs mit der Veranstaltung zu machen gewesen wäre, nachdem beispielsweise die erwarteten Opernvorstellungen überhaupt ausfallen sollten. Für ein paar Konzerte, die höchstens eine Handvoll Menschen nach Karlsbad gebracht und außer den Berufsmusikern kaum jemanden sonderlich interessiert hätten, wollten und konnten die Karlsbader, angesichts einer schlechten Saison, die steigenden Aufwendungen nicht leisten. Es erscheint uns als völlig falsch, die Karlsbader mit soviel Schuld belassen zu wollen, nachdem auch auf anderer Seite Fehler geschehen sind. So wird uns mitgeteilt, daß die tschechoslowakische Sektion veräurteilte, bekanntzugeben, daß zur geplanten Zeit des Karlsbader Musikfestes in Salzburg, anschließend an die Festspiele dort, eine ähnliche Veranstaltung stattfindet. Weiter wird uns berichtet, daß die verschiedenen Veranstalter mit immer mehr Forderungen an Karlsbad herantraten, die es im Hinblick auf seine finanzielle Lage nicht erfüllen konnte. Unter anderem hat man verlangt, daß Karlsbad während des Musikfestes 36 Prager, Gäste auf Kosten der Stadt verköstigen und bequartieren sollte. Und dazu sagen die Karlsbader Sozialdemokraten (nicht die Henleinleute), daß man angesichts der Arbeitslosigkeit von tausenden Menschen in Stadt und Bezirk solche Auslagen für Musikfestbeteiligten wirklich nicht machen wollte.

Wir sind aber auch der Meinung, daß gerade die Erfahrung, die man jetzt mit der Prager Absage gemacht hat, lehren sollte, nicht unter allen Umständen hinter sachlichen Gründen politische zu suchen. Und wir zweifeln auch nicht daran, daß vor allem unsere tschechischen Freunde von diesem Gesichtspunkt aus die im Uebereifer und infolge unzureichender Information aufgeworfenen Forderungen nach einem Strafgericht für Karlsbad keineswegs sühnen werden. Man wird doch nicht alle verantwortlichen Menschen in Karlsbad mit Herr Robitz vergleichen wollen, der seinen Revolver einhüftete, wenn er das Wort Kultur hörte! Gar so innens viel Kultur war in den Programmen und möglichen Ausstrahlungen des geplanten Musikfestes wirklich nicht zu spüren. Und insbesondere der arbeitenden Bevölkerung ist beispielsweise die Erhaltung eines Theaters, sei es eines deutschen oder eines tschechischen, weit wichtiger als die Musikwallfahrt von ein paar Tausend Menschen, mögen sie auch auf ihrem Gebiete zweifellos das Beste wollen.

Man lasse sich also weder von jener Presse, bei der persönliche Gefährlichkeiten eine Rolle spielen dürfen, noch von jener anderen, denen solche Affären jederzeit gelegen kommen, irreführen. Es genügt, wenn man aus den organisatorischen Fehlern, die um Karlsbad und dann ebenso um Prag geschehen sind, lernt, so daß man künftighin den Städten und dem Staat eine Klamage erspare, für die unseres Erachtens in erster Linie die verantwortlichen Organisationen verantwortlich bleiben.

Wegen Hochverrats verurteilt

Linj. (Tsch. B. V.) Vor dem nach den neuen Bestimmungen gebildeten Militärstrafgerichtshof ins Weis hatten sich der Regimentsmajor Viktor Gelsz und der Alpenjäger Cosar Reubauer wegen Hochverrats zu verantworten. Die Verhandlung wurde geheim durchgeführt. Beide Angeklagten wurden schuldig erkannt und zu je drei Jahren schweren Gefängnis und zur Ausstoßung aus dem Reichsbunde verurteilt.

Zur Sommerkost gehört Ceres!

Im Sommer, wenn wir unter der Hitze zu leiden haben, ist es wichtig, daß unsere Kost leicht verdaulich ist. Darum sollten wir gerade jetzt stets Ceres verwenden, das alle Speisen so schmackhaft und leicht verdaulich macht.

Ceres Schicht

Nur echt mit dem Namenszug

Polen schluckt Danzig

Hitler opfert die Grenzdeutschen

Uebereinstimmende Berichte aus Berlin und Warschau besagen, daß die Beilegung des Streitstreites zwischen Danzig und Polen ausschließlich auf Kosten Danzigs erfolgt ist. Die Konzeption, daß die Zollabgaben in Danzig in Höhe bezahlt werden können, soll nur der Anfang der völligen Einbeziehung der freien Stadt in das polnische Verwaltungs- und Wirtschaftsgebiet sein. Darob herrscht in Warschau großer Jubel.

Hitler opfert eine Gruppe der Grenzdeutschen nach der anderen, ohne daß Deutschlands Position wirklich verbessert würde.

New Yorker Notstandsarbeiter streiken

New York. Die bei den Notstandsarbeiten in New York beschäftigten Arbeiter haben für Freitag den Generalstreik angekündigt, und zwar als Protest gegen den von der Regierung festgesetzten Monatslohn von 93,50 Dollars. Etwa 100.000 Arbeiter werden hiervon erfaßt. Die Vertreter der meisten Bauarbeitergewerkschaften in New York haben sich mit den Notstandsarbeitern solidarisch erklärt und beschlossen, den Streik zu unterstützen. Auf Grund dieser Tatsache hat noch am Donnerstag der Leiter des New Yorker Büros der Arbeitsbeschaffungsbehörde, General Johnson, sich im Rundfunk in einer Ansprache an die organisierte Arbeiterschaft gewendet, um den Streik zu verbieten.

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Eine Heerschau der sozialdemokratischen Arbeiter des Kreises Trautenu

wird sich Samstag, den 10. und Sonntag, den 11. August in Braunau vollziehen. Die Partei, KJus und sozialdemokratische Jugend sind die Veranstalter des roten Aufbruches in Braunau, wie die Kundgebung offiziell heißt. Selbstverständlich beteiligen sich auch die übrigen Kulturorganisationen, die Gewerkschaften und Genossenschaften an dem offenbar machtvollen Aufmarsch der Sozialdemokraten in Ostböhmen.

Trotz der seit Jahren alle Gebiete des Kreises Trautenu erfassenden Wirtschaftskrise und der von Jahr zu Jahr immer größer werdenden Not unter der Arbeiterschaft und der geographisch nicht günstig gelegenen Veranstaltungshalle von den anderen Zentren unserer Bewegung in Ostböhmen, erwartet man auf Grund der Anmeldungen für die Quartiere und des Kartenvorverkaufes an die 8000 bis 10.000 Teilnehmer der Kundgebung.

Das Programm der Veranstaltung sieht für Samstag die Wettkämpfe und Vorträge unserer Kulturorganisationen vor, abends einen Festzug mit anschließender Gedenkfeier für die proletarischen Helden und Sonntag vormittags ein großes Meeting auf dem Ringplatz der Stadt Braunau. Sonntag nachmittags findet auf einem geeigneten Platz in Braunau ein Fest mit dem üblichen Programm statt. Alles, was mit der Veranstaltung zusammenhängt, wird in Eigenregie durchgeführt. Die Verköstigung für zirka 6000 Personen, Uebernachtung von 3000, Festwirtschaft für 10.000 Menschen. Eine große Organisation für die Bewältigung dieses Betriebes wurde geschaffen und es zeigt von Fähigkeit und Mut, daß sich unsere Braunauer Genossen an die gewiß verantwortungsvolle Aufgabe heranmachen.

Aber Opfer und Mühe werden sich lohnen. Die Tagung in Braunau wird der Arbeiterbewegung neuen Impuls geben und dem Gegner, der für Ostböhmen in Braunau — soweit die Salenkreuzler in Frage kommen, — seinen Hauptstich hat, und den Faschisten eine Stunde weiter entfernt hinter den Grenzpfählen zeigen, daß die Sozialdemokratie auch nach einer Wahlniederlage noch Aktionsfähig ist und Kassen hinter sich hat. Und darum geht es beim „Tag des roten Aufbruches“ in Braunau; die Laune aus dem Kampfe gekommene Klasse zu mobilisieren, ihre Schlagfertigkeit zu überprüfen, ihren Geist zu stärken und ihre Geschlossenheit dem faschistischen Gegner vor Augen zu führen. Braunau wird, davon sind wir überzeugt, ein Ehren- und Kampftage erster Ordnung in der Geschichte der ostböhmi-schen Arbeiterbewegung sein.

SdP wird nicht für das Budget stimmen

Von tschechischer Seite ist in der jüngsten Zeit wiederholt erklärt worden, die Oppositionsparteien würden bei der Abstimmung über das Budget Gelegenheit haben, sich als regierungskritisch und haatverhaltende Parteien zu erweisen. Man forderte von der Opposition, daß sie das Budget wenigstens zum Teil annehme. Darauf antwortete nun Henlein: „A u n d s h a u“:

Eine solche Methode ist zu m e c h a n i s c h u m r i c h t i g z u sein. Das Budget ist alles andere als ein Prüfstein, ist alles andere als eine wertbeständige Größe, die man als Bewertungs-

maßstab für eine verantwortliche Politik erachten könnte. Das Budget ist die Arbeit einer Regierung, die sich in unserem Falle bereits selbst — direkt oder indirekt — anerkennend erklärt hat, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das Budget wird deshalb wahrscheinlich das Spiegelbild aller Kräfte und Gegenkräfte sein, die innerhalb der Regierungskoalition nicht auf eine dauerhafte Generallinie gebracht werden konnten (weshalb ja auch eine Regierungsumbildung angekündigt werden mußte).

Von Oppositionsparteien zu verlangen, das Werk einer Regierungskoalition restlos anzuerkennen, die eingestandenemachen in sich nicht genügend gefestigt ist, um die Lage meistern zu können, ein solches Verlangen ist sachlich und politisch höchst unbedeutend.

Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß die sudetendeutschen Schüler ihre Taktik ebenso ändern, wie die reichsdeutschen Meister sie in ähnlichen Fällen so oft geändert haben. Um so mehr verdient die Aussage der „Rundschau“ gewissenhaft registriert zu werden.

Noch immer nicht im Dritten Reich

Ein enttäuschter Henlein-Vorsteher

In der südböhmischen Gemeinde Nepešín kündigte der Henlein-Vorsteher H a n s l seinen Mieter, den Invaliden Sch., weil dieser „die Schande der sozialdemokratischen Plakate“ in den Ort gebracht hatte. Das Bezirksgericht Prachatitz ließ aber den politischen Terror des Hausherrn nicht als ausreichenden Kündigungsgrund gelten, weshalb er bei der Verhandlung am 28. Juli den Kürzeren zog. In seinem gekränkten Herrenstolz tat der Henleinbauer Hansl sodann den klassischen Ausruf:

„Ja, was wird denn der Gemeinderat dazu sagen, denn dieser will den Mieter unter allen Umständen schnellstens aus der Gemeinde haben.“

Im Dritten Reich wäre dieser fromme Wunsch der Volksgemeinschaften törichter schon erfüllt. In der demokratischen Republik müssen aber die Henleinbauern zu ihrem Leidwesen noch immer den Anblick andersgegunter Mitbürger ertragen.

Vernekenwert ist, daß in Nepešín erst unter dem Druck des Henlein-Terrors eine sozialdemokratische Lokalorganisation gegründet worden ist. Denn Druck erzeugt bekanntlich Gegenwind.

Vom Krankenlager der deutschen Christlichsozialen

Der Aufstufungsprozess der Partei Hilgenreiners macht bedenkliche Fortschritte: die transparenten Symptome, in denen sich die „Deutsche Presse“ windet, geben zu den schwersten Befürchtungen Anlaß. Auch in ihrer Freitag-Nummer muß sie wieder einen großen Teil der aussichtslosen Abwehr der Entlassungen widmen, die von allen Seiten einsehen. In einer verborgenen Polemik gegen den agrarischen „W e n t o v“, der darauf hingewiesen hatte, daß die deutschen Christlichsozialen durch die Ernennung des päpstlichen Nuntius in eine höchst unangenehme Lage gekommen sind, da sie sich's weder mit dem Vatikan noch mit Hitler verbinden wollen, erklärt die „Deutsche Presse“ mit erfrischender Offenheit: „Es ist uns unverständlich, wie „Wentov“ gerade die Deutschen (gemeint sind natürlich die deut-

schen Christlichsozialen Red.) einer negativen Einstellung bezichtigen konnte“. Wir glauben dem Hilgenreiner gern, daß ihm Entlassungen überhaupt unerwünscht sind.

In einem anderen Aufsatz wird der unterhaltsame Familienzwist mit dem tschechischen Bruderblatt, den „Lidové Listy“ fortgesetzt. Die „Deutsche Presse“ hat nämlich auf ihre zähe Verteidigung des Dritten Reiches, gegen die Feststellung der „Lidové Listy“, daß dort anstelle der Oberammergauer Passionsspiele nun ein antisemitisches Hebstück aufgeführt werde, eine zweite jastige Abfuhr bekommen, die sie gestern mit der etwas naiven Frage quittiert: „Was haben „Lidové Listy“ für ein Interesse, auf der Unwahrheit zu beharren“. Weit ausschweifender wäre es freilich gewesen, hätte die „Deutsche Presse“ die interessantere Frage beantwortet, was sie für ein Interesse daran hat, das Dritte Reich zu verteidigen. Oder meint das Blatt Hilgenreiners, daß sich diese Antwort erübrigt, weil sie ohnehin in den weitesten Kreisen schon allgubekannt ist...?

Die Jugendbeiräte vor neuer Tätigkeit

Der Reichsbeirat für die arbeitende Jugend wurde Freitag in das Ministerium für soziale Fürsorge einberufen, um über seine zukünftige Arbeit zu beraten. Die Sitzung wurde vom Minister Genossen Ing. K e d a s mit einer kurzen Begrüßung eingeleitet, in welcher er der Tätigkeit seiner Vorgänger, des Genossen Dr. T a c h, welcher die Institution der Jugendbeiräte geschaffen hat, und des Genossen Dr. M e i h n e r gedachte und erklärte, die Arbeit der Sprengelbeiräte und des Reichsbeirats nach Möglichkeit unterstützen zu wollen.

Der zuständige Referent des Fürsorgeministeriums Ing. F i l m a n gab dann eine Uebersicht über den A u s b a u d e r G e w e r b e i n s p e k t i o n durch Vermehrung der Zahl der Inspektorate, der Beamtenschaft und hauptsächlich durch Einführung von Inspektoren aus den Kreisen der Arbeiterschaft. Diese Fortschritte auf dem Gebiete der Gewerbeinspektion kommen nicht in letzter Linie der arbeitenden Jugend zugute und werden auch die Tätigkeit der Mitglieder der Jugendbeiräte erleichtern, da die Inspektorate Anzeigen und Beschwerden jetzt werden eher nachgehen können.

Von allen deutschen und tschechischen Vertretern im Reichsbeirat wurden die bisherigen Bemühungen des Ministeriums ohne Einschränkung anerkannt. Die Wiederbelebung der Arbeit in den Beiräten wurde allgemein als sehr notwendig begrüßt. Es wurde dann eine Reihe von Fragen der Arbeiterjugend besprochen, wobei Genosse P a u l die Forderung nach Einbeziehung der noch nicht in die Ernährungsaktion einbezogenen jugendlichen Arbeitslosen erneuerte. Ihm schloß sich der Vertreter der christlichen Jugend, S c h u b e r t, an.

Im Laufe der nächsten vier Wochen soll der Reichsbeirat wiederum zusammenzutreten, um die einzelnen Fragen ausführlich zu behandeln. Grundsätzlich wurde im Einvernehmen mit Minister Genossen K e d a s beschlossen, daß die Beiräte, und zwar sowohl der zentrale als auch die Beiräte in den Sprengeln, viermal jährlich zusammenzutreten, wobei es nach der Geschäftsordnung drei Mitgliedern des engeren Beirats immer möglich ist, durch einen Antrag eine sofortige Sitzung herbeizuführen.

